

Beilage 4109

Bericht

des

**Ausschusses für Angelegenheiten
der Heimatvertriebenen und Kriegsfolgegeschädigten
zum**

**Antrag der Abgeordneten Stain,
Dr. Schubert, Frenzel, Reichl und
Dr. Eberhardt betreffend Einleitung
von Maßnahmen zur Auflösung des
Ausländerlagers Föhrenwald**

Berichterstatter: Ospald

Der Antrag lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, die geeignet sind, eine Lösung der mit der Übernahme des jüdischen Ausländerlagers Föhrenwald von der IRO aufgetretenen Probleme zu fördern. Die Behandlung aller auftretenden Fragen soll im Benehmen mit der zuständigen Vertretung der Lagerinsassen erfolgen.

Folgende Maßnahmen sollen sofort durchgeführt werden:

1. Die Auflösung des Lagers zum nächstmöglichen Zeitpunkt.
2. Die Bereinigung des Problems der illegalen Zuwanderer durch deren Einschleusung in ein geeignetes Auffanglager.
3. Die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Ausländerpolizeiverordnung.

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung.

München, den 12. Mai 1953

**Der Vorsitzende:
Stain**

Beilage 4110

Bericht

des

**Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
zu den**

**Einwendungen des Senats gegen das
Gesetz über Röntgenreihenunter-
suchungen (Anlagen 368, 370)**

Berichterstatter: Weishäupl

Antrag des Ausschusses:

Gegen den Beschluß des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten vom 23. April 1953 (Beilage 4053) werden keine rechtlichen Bedenken geltend gemacht.

München, den 12. Mai 1953

**Der Vorsitzende:
Stock**

Beilage 4111

Bericht

des

Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

zum

**Entwurf eines Gesetzes zur Ausfüh-
rung des Bundesgesetzes über das
landwirtschaftliche Pachtwesen
(Landpachtgesetz) — Beilage 3800 —**

Berichterstatter: Prandl

Antrag des Ausschusses:

Gegen den Beschluß des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft vom 21. April 1953 (Beilage 4047) bestehen keine rechtlichen Bedenken.

München, den 12. Mai 1953

**Der Vorsitzende:
Stock**

Beilage 4112

Bericht

des

**Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
zum**

**Schreiben des Verfassungsgerichts-
hofs betreffend Antrag des Regie-
rungsinspektors Karl Otto Baum-
gartl, Berchtesgaden, auf Feststel-
lung der Verfassungswidrigkeit der
Art. 25 Abs. 1 und 95 Abs. 1 und 2 der Ge-
meindeordnung für den Freistaat
Bayern vom 25. Januar 1952 (GVBl. S. 19)**

— Nr. 16215 —

Berichterstatter: Dr. Fischer

Antrag des Ausschusses:

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Verfassungsbeschwerde wird als unbegründet zurückgewiesen.
- III. Als Vertreter des Landtags wird Abgeordneter Dr. Karl Fischer bestimmt.
- IV. Auf mündliche Verhandlung wird verzichtet.

München, den 12. Mai 1953

**Der Vorsitzende:
Stock**